

Wählt bayerisch!

Wählt christlich!

Wählt CSU

Dr. Hans Ehard

**Wege und Ziele der
Christlich - Sozialen
UNION**

BAYERN BEKENNT SICH ZUR CSU

Am 1. 12. 1946 ist auf Grund der damals kurz zuvor erst zustande gekommenen bayerischen Verfassung der neue bayerische Landtag gewählt worden. Am 21. Dezember 1946 fand die Wahl des Ministerpräsidenten und die Bildung der Regierung statt. Die Verfassung sieht eine vierjährige Legislaturperiode vor. Diese Legislaturperiode ist jetzt abgelaufen und am 26. 11. dieses Jahres sollen nun die Wähler herantreten an die Wahlurne und sollen einen neuen Landtag wählen.

Es war das Zeichen einer gewissen Festigung unseres Staatslebens, daß die Wähler im Jahr 1946 durch die Vereinigung ihrer Stimmen auf eine große Sammelpartei in der CSU feste Grundlagen für die Regierungsverhältnisse in Bayern schufen. Die klare und eindeutige Regierungsmehrheit, die damit der bayerischen CSU zufiel, hat es ermöglicht, einen klaren und festen Regierungskurs vier Jahre hindurch in Bayern zu steuern. Hätten wir diese gesicherte Regierungsmehrheit nicht gehabt, dann hätte der vor vier Jahren gewählte Landtag sicherlich sein natürliches Ende nicht gefunden und dem Lande wären unzeitgemäße Wahlkämpfe nicht erspart geblieben.

Diese Sicherung einer kontinuierlichen Regierungspolitik und Regierungsarbeit und das Widerstreben gegen jeden Versuch, sie zur Unzeit zu unterbrechen, ist allein schon ein Verdienst der CSU-Regierung und der Christlich-Sozialen Partei in Bayern, das nicht hoch genug eingeschätzt werden kann und dessen Wohltat von allen vernünftig Denkenden anerkannt wird.

Die imponierende Sammlung um die Fahne der Union erfolgte vor vier Jahren unter Verhältnissen, die unendlich viel trostloser, verfahrenener und hoffungsloser waren als heute nach vier Jahren. Man muß sich die Situation vergegenwärtigen, wie es damals gewesen ist. Es ist in unserer kurzlebigen Zeit zu schnell die Erinnerung geschwunden an das, was damals gewesen ist. Dem Totalen Krieg folgte der totale Zusammenbruch. Es kam die Auflösung des deutschen Reiches. Es kam die Zerreißung in vier Besatzungszonen und der Zerfall Deutschlands in zwei Hälften. Es wurde der Eiserne Vorhang heruntergelassen. Wohnungen und Arbeitsstätten ohne Zahl waren vernichtet. Der Hunger kam zu Gast. Es kam die Entlassung von Beamten und Angestellten durch eine wenig glücklich angelegte und in ihrem Endergebnis so unbefriedigende Entnazifizierung. Alle staatliche Ordnung war aufgelöst. Das gesamte Schulwesen lag am Boden. Mit einem Wort: Es war kein Staat mehr da.

CSU IM WAHLKAMPF

Es regierte die Besatzungsmacht. Es kamen Bürgermeister und Landräte, oftmals wer weiß woher, die ihre Befehle von der Besatzungsmacht, vom örtlichen Gouverneur erhielten, der gerade von deutscher Seite nicht immer aufs Beste beraten wurde. Es kamen die Beschlagnahmungen der Wohnungen, die Demontagen, die Not der Bombengeschädigten, die Evakuierten, die Sorge um die Kriegsgefangenen.

So war die Lage 1946, als das bayerische Volk zum ersten Mal zur Wahl des Landtages antrat und die CSU die Regierungsgeschäfte übernahm. Wäre es im Herbst 1946 jemandem möglich gewesen, uns das Bild des Deutschland vor Augen zu führen, wie es jetzt im Jahre 1950 tatsächlich ist, — hätte uns das jemand in dieser Weise vorausgesagt, kein Mensch hätte ihm geglaubt, weil man es nicht für möglich gehalten hätte, daß aus diesem furchtbaren Zusammenbruch des Jahres 1945 bis zum Jahre 1950 doch immerhin ein so weiter und auch erfolgreicher Weg zurückgelegt werden könnte. Selbstverständlich wäre alles, was erreicht worden ist, nicht erreicht worden, wenn nicht das deutsche Volk in seiner Gesamtheit den Ernst der Situation begriffen und in seiner unendlichen Geduld und außerordentlichen Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit, durch seine Zähigkeit und durch seine Disziplin und sein Zusammengehörigkeitsgefühl sich zusammengefunden hätte; wenn nicht die Arbeiter in den Städten, die Bauern auf dem Land, zusammengeholfen hätten, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Aber auch diejenigen, die die politische Führung und Verantwortung in diesen Jahren zu tragen hatten, haben ein Anrecht darauf, einen bestimmten Anteil des Verdienstes an der ungeheuren Verbesserung unserer Lage für sich in Anspruch zu nehmen. All die Nöte, die in diesen Jahren auf unserem bayerischen Volke lagen, lagen diese vier Jahre lang auf der Bayerischen Regierung! Glauben Sie mir, es war eine sehr schwere Zeit für alle, die diese Aufgabe und Verantwortung Tag und Nacht drückte. Es gehörte viel Kraft, viel Optimismus, viel Lust zur Arbeit, viel Liebe zu unserem Volke und viel Gottvertrauen dazu, diese Jahre so durchzustehen, daß man vor allem vor sich selbst bestehen konnte und zum Schluß sagen kann: Wir haben getan, was in unseren Kräften stand und das Pfund, mit dem wir zu wuchern hatten, ist nicht leichter, sondern größer und schwerer geworden.

Es war mir auferlegt, in diesen vier Jahren an der Spitze der Regierung zu stehen. Guten Gewissens unterstelle ich meine Arbeit, mein Mühen und meine Absichten dem Votum des Volkes. Ich war sparsam in meinen Versprechungen, ich habe nichts versprochen, was ich nicht gehalten hätte.

Ich hätte 1946 und 1947 nicht den Mut gehabt, all das zu versprechen, was geschehen konnte und was geschehen ist! Ich geize nicht um Lorbeeren, Anerkennung und Volksgunst. Aber da ich für Gerechtigkeit bin, liegt mir daran, daß dieser Regierung und den hinter ihr stehenden politischen Kräften eine gerechte, vor allem anständige Beurteilung zuteil wird. Ich sage anständig, weil ich gerade im politischen Anstand eine unentbehrliche Wirkkraft im politischen Leben einer Demokratie halte.

Wenn man in einen Wahlkampf zieht, muß man sich ein Ziel setzen! Das Ziel der CSU ist es, Wahlen zustande zu bringen, aus denen ein Landtag hervorgeht, der fähig ist, eine vernünftige und neuerdings stabile Regierung auf die Beine zu bringen, einen Landtag hervorzu-bringen, der fähig ist, zeitgemäße Gesetze zu schaffen. Das klingt ein bißchen einfach und ein bißchen banal! Aber die entscheidenden Dinge sind eben immer einfach. Es ist für den Wähler deshalb so besonders wichtig, dieses Ziel zu erkennen, weil er nämlich dann auch weiß, wie er sich zu den verschiedensten Richtungen, die ihm gegenüber treten, stellen muß. Je mehr die Zersplitterung um sich greift, desto unmöglicher wird die Erreichung dieses Zieles. Je mehr die Zusammenfassung in großen Parteien gelingt, umso eher wird dieses Ziel erreicht werden können.

Man glaubt heute oft, wenn man Interessengruppen und -gruppchen bildet und wenn der eine sagt, ich verspreche Euch, daß Ihr dies und das bekommt und wenn der andere sagt, ich verspreche Euch dies oder jenes, wäre Politik gemacht. So verhindert man das wichtigste: eine arbeitsfähige Mehrheit, ein arbeitsfähiges Parlament und eine arbeitsfähige Regierung. In dieser Interessentenpolitik müssen alle großen Gesichtspunkte, nach denen unser Leben ausgerichtet ist, untergehen. In der höchsten Not unseres Volkes war dieser kleinliche Geist verschwunden. Es ist merkwürdig: kaum läßt die Not nach und schon wieder macht sich die üble Neigung der Deutschen bemerkbar, bei denen am liebsten jeder einzelne seine eigene Partei gründen möchte. Heute mischt sich zu diesem übertriebenen individualistischen Zug ein recht materialistischer Zug. Kaum fangen die Menschen an, daß es ihnen besser geht, verlieren sie sich in den Kleinigkeiten. Noch sind wir trotz aller Fortschritte mitten in der Not. Wenn auch alte Nöte überwunden sind und uns nicht mehr zu beunruhigen brauchen, stehen neue Nöte vor uns, die gar nicht mehr unsere speziellen Nöte sind, sondern zu Welt-Sorgen und Welt-Entscheidungen angestiegen sind. Wie notwendig wäre in solcher Zeit ein politischer Sinn des Volkes, der auf das Große gerichtet ist, weil von der Entscheidung im Großen alle Entscheidungen im Kleinen, alle Entscheidungen über unsere persönlichen Nöte und Schmerzen abhängen. Was hätte es, all die tausend kleinen Wunden zu heilen, wenn nicht in festem und vernünftigen Zusammenstehen dafür Sorge getragen wird, daß nicht eine große Wunde aufbricht, an der wir alle miteinander verbluten?

Die demokratische Regierungsweise beruht auf dem Gedanken der Selbst-regierung des Volkes. Ein Volk kann sich nur selbst regieren, wenn es seinen Sinn auf die großen Angelegenheiten seines Daseins gerichtet hat, wenn es von einer alle gemeinsam erfassenden Staatsidee erfüllt ist, wenn über die grundlegenden Dinge des Staatslebens Uebereinstimmung vorhanden ist, mit einem Worte: wenn das Gemeinschaftsbewußtsein stärker ist als die Gegensätze. Verliert sich der Sinn eines Volkes ins Kleine und verschlingen die Einzel- und Sonderinteressen die Gesamt-

interessen, dann geht der Zusammenhalt verloren und die Demokratie verliert ihre staatsbildende Kraft.

Die parlamentarisch-demokratische Regierungsweise beruht eigentlich auf dem Ideal des Zusammenspiels von einer Partei der Regierung und einer Partei der Opposition. Die Voraussetzung der klassischen parlamentarischen Demokratie ist und bleibt das Zwei-Parteien-System. Es hat praktisch für uns keinen Sinn, diesem Ideal nachzuhängen, da es nach der ganzen geschichtlichen Entwicklung bei uns unerreichbar und unrealisierbar ist. Wären wir ein wirklich demokratisch denkendes und demokratisch erzogenes Volk, dann müßten wir alles daran setzen, uns dem Ideal des Zwei-Parteien-Systems möglichst zu nähern. In Wirklichkeit benimmt sich unser Volk in der entgegengesetzten Richtung. Wir sind auf dem besten Wege, uns von der so dringend notwendigen politischen Sammlung und Großgruppierung immer mehr zu entfernen und in die Zersplitterung zu verlieren.

Die Entwicklung unseres politischen Parteiwesens leidet unter einer schweren Verkenntnis und Mißachtung entscheidender Lebensgesetze der Demokratie. Wer den Prozeß der Auflösung in eine Unzahl von Parteien, ganz gleich, wie die Sondermotive und Sonderinteressen auch lauten mögen, ob sie berechtigt oder unberechtigt sind — fördert, ist ein Schädling und im Grunde genommen ein Feind der Demokratie, mag er den Mund noch so voll von demokratischen Phrasen nehmen. Diese Dinge sind sehr ernst. Die Demokratie hat in Deutschland ihre Bewährungsprobe noch nicht bestanden. Das wird erst der Fall sein, wenn wir den Zustand völliger innerer Freiheit erlangt haben, wenn wir keine fremden Herren und Souveräne mehr im Lande haben.

Es kommt hinzu, daß in der Zeit und im Zeitgeist beachtliche antidemokratische Regungen vorhanden sind. Die Idee des Totalitarismus und der Diktatur sind keineswegs ausgeschwitzt. Es gibt nicht viel Grundformen der Staats-Systeme. Versagt die Demokratie, dann kommt die Diktatur. Man muß wissen, was man will und was man nicht will und worauf man hinaus will. Wir bekennen uns zu denen, die auf eine gesunde lebensfähige Demokratie in unserem Bayernland und in Deutschland hinauswollen. Wir gehören zu denen, die aus tiefster innerer Ueberzeugung alles daran setzen wollen, daß unser Volk nicht noch einmal der politischen Tyrannei und Versklavung überantwortet werden! Wir setzen uns ein für den demokratischen Gedanken aus christlicher Ueberzeugung, weil, wie die Dinge in der Welt liegen, nur in einem demokratischen Staatswesen die Freiheit des religiösen Lebens möglich ist, die zur Entfaltung der religiösen Kräfte notwendig sind. Die Diktaturen, die uns drohen, wenn wir als Demokraten versagen, sind samt und sonders religions- und christentumfeindlich.

Wir hängen dem demokratischen Ideal an, weil sich Europa als geistige und kulturelle Einheit nur auf demokratische Weise organisieren läßt und nur ein in Freiheit organisiertes und verbundenes Europa Widerpart leisten kann dem Ansturm des diktatorischen und tyrannischen Geistes aus dem Osten.

Wir sind Demokraten, weil wir Föderalisten sind und nur in einem demokratischen Deutschland die Freiheit und Selbständigkeit unseres heimatlichen Staates erhalten und entwickelt werden können, an die wir unter allen Umständen festhalten wollen. Wir haben es schon einmal erlebt, daß der Bankrott der Demokratie unmittelbar den Bankrott des Föderalismus nach sich zieht. Wir streben dem demokratischen Ideal nach, weil sich nur in einer gesunden Demokratie die sozialen Spannungen nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit ausgleichen lassen. Alle modernen Diktaturen suchen den sozialen Frieden durch Anwendung von Gewalt und Terror aufrecht zu erhalten und beruhen darauf, daß eine regierende Klasse alle anderen Schichten der Bevölkerung unterdrückt. Wir sind Demokraten, weil wir nicht den sozialen Kirchhof-Frieden der Diktatur wollen. Wenn wir aber Demokraten sind, dann müssen wir der Demokratie die notwendigen Werkzeuge schaffen. Wir brauchen einen demokratischen Werkzeugkasten und keine demokratische Spielzeugschachtel.

Was war die Aufgabe der Regierung, nachdem sie im Jahre 1946 zusammengetreten war? Die erste Aufgabe war einmal, die Verfassung, die zunächst auf dem Papier stand, ins praktische Leben umzusetzen. Eine Aufgabe, die nicht leicht war. Denn es war ja kein Staat mehr da. Dafür waren wir völlig von der Besatzungsmacht abhängig. Wir sind auch heute noch abhängig, aber in keinem Vergleich zu damals, wo die Besatzungsmacht in jede einzelne Bestimmung hineingeredet hat. Sie erinnern sich, wie man sich nur allmählich, erst in Stuttgart auf der amerikanischen Besatzebene und dann bizonal in Frankfurt zusammenfand. Welche Schwierigkeiten und Zuständigkeitskomplikationen gab es da!

Es kam dann der Parlamentarische Rat und damit die Vorbereitung für das Zustandekommen des Bundes. Bei dem Parlamentarischen Rat und bei der Zusammenstellung des Grundgesetzes war die Bayerische Regierung in sehr starkem Maße beteiligt und wir dürfen heute sagen, daß das Grundgesetz, mit dem wir alles andere als zufrieden waren, noch ganz anders aussehen würde, wenn die bayerische Regierung und die bayerischen Abgeordneten im Parlamentarischen Rat sich nicht so exponiert eingesetzt und mitgewirkt hätten.

Ein Verdienst können wir für uns absolut in Anspruch nehmen. Den Bundesrat hätten wir bestimmt nicht bekommen, wenn Bayern nicht gewesen wäre und ich darf für mich das Recht in Anspruch nehmen, daß ich wesentlich dazu beigetragen habe, daß dieser Bundesrat geschaffen wurde.

Wir haben uns bei dem Entstehen des Grundgesetzes in allem für einen föderativen Aufbau des Bundes eingesetzt. Die deutsche Geschichte hat uns in dieser Beziehung außerordentlich hellhörig gemacht. Wir wollen keine mechanistische Machtkonzentration, die zum Mißbrauch der Macht verführt.

Die CSU hat in der Verfassungsgeschichte des jüngsten Deutschland eine bemerkenswerte Rolle gespielt. Das Grundgesetz sähe anders aus,

wenn es keine bayerische CSU und keine bayerische CSU-Regierung gegeben hätte. Daß durch den Bundesrat dem Grundgesetz ein klarer föderalistischer Stempel aufgeprägt wurde, ist ausschließlich unser Verdienst. Von der Stimme Bayerns im Bundesrat wird auch in Zukunft sehr viel abhängen. Wie aber Bayern in Zukunft im Bundesrat vertreten sein wird, nach welcher Richtung und mit welcher Wirkung die Stimme Bayerns dort zur Geltung kommen wird, das hängt einzig und allein von dem Ausgang der bevorstehenden Wahl ab. Je konzentrierter und gesammelter der Wählerwille sein wird, desto konzentrierter wird der Anschluß Bayerns im Bundesrat sein. Zerflattern die politischen Kräfte zu Hause in Bayern, dann wird man im Bundesrat vergebens fragen, wo ist Bayern?

BAYERNS ZUKUNFT

Unsere bayerische Zukunft hängt wesentlich von der gesamtdeutschen Entwicklung ab. Es gehört zu unseren Grundanschauungen, daß sich Bayern dieser Entwicklung nicht entziehen oder nach freiem Belieben außerhalb derselben stellen kann. Wer diese Tatsache nicht anerkennen will oder so tut, als ob sie nicht bestände, stellt sich außerhalb der Tatsachen und gerät auf die Irrwege einer illusionären Politik. Alle Phantasterei ist in der Politik aber schädlich. Es ist richtig und ebenfalls eine Tatsache, daß in der deutschen Politik immer Tendenzen vorhanden sind, die nach zentraler Machtzusammenballung drängen und die der von uns vertretenen föderalistischen Auffassung entgegenstehen. Diesen Tendenzen immer wieder zu begegnen, ist eine der wesentlichen Aufgaben der bayerischen Politik im Gesamtrhythmus der deutschen Politik. Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn in Bayern eine politische Partei existiert, die klare und feste Grundsätze einer durchführbaren, auf dem Boden der Tatsachen stehenden deutschen föderalistischen Politik vertritt.

Man kann wohl sagen, daß von der Existenz einer solchen Partei und einer von ihren Grundsätzen getragenen Regierung in Bayern das Schicksal bestimmend dafür ist, ob der föderative Grundcharakter der Bundesverfassung und des Grundgesetzes dauernd aufrecht erhalten und die föderalistischen Grundsätze durchgeführt werden.

Konföderation heißt ein Zusammenwirken, ein Zusammenstehen, eine Zusammenfassung der Kräfte, um dann erst wirklich stark zu sein, weil man sich freiwillig und mit Ueberzeugung zusammenschließt zu einer gemeinsamen Arbeit. Das muß betont werden, gemeinsamen Arbeit! So ist auch unser „Nein“ zur Verfassung und unser „Ja“ zum Bund zu verstehen. Wenn ich über eine Verfassung abstimme, wie es beim Grundgesetz der Fall gewesen ist, dann muß die Möglichkeit bestehen, wenn ich schon Demokratie spiele, ja zu sagen, wenn ich einverstanden bin, und nein zu sagen, wenn ich nicht einverstanden bin. Und warum waren

wir nicht einverstanden? Es haben uns die kulturellen Regelungen nicht genügt, es haben uns auch die Zuständigkeiten des Bundesrats nicht genügt, die in den letzten 14 Tagen der Beratungen sehr eingeschränkt wurden. Es hat uns vor allem die Regelung der Finanzfragen nicht gefallen, was besonders die Aufteilung der Steuern und Einkünfte anbelangte. Wie recht wir hatten, das hat sich bald sehr deutlich gezeigt. So wissen wir heute nicht genau, was hat der Bund, was bleibt den Ländern.

BAYERISCHE POLITIK ODER BAYERNPARTEIPOLITIK

Was die Bayernpartei anlangt, so halte ich ihre Politik im Bezug auf das Problem Bayern zum Bund nicht für glücklich. Wir wollen uns gerne sachlich auseinandersetzen. Aber es gibt gewisse Grenzen, wo der Verstand nicht mehr mitkommt und wo man das Gefühl hat, daß Programme proklamiert werden, an die man selbst nicht glaubt. Da soll man es uns nicht übel nehmen, daß wir da nicht mitmachen. Es ist nicht notwendig, die CSU deswegen als eine Bande oder eine Partei der Lüge, der Verantwortungslosigkeit, der Erfolglosigkeit und was weiß ich alles zu beschimpfen. Ich sage das ja über die Bayernpartei auch nicht, abgesehen davon, daß die Bayernpartei noch gar keine Möglichkeit gehabt hat, zu beweisen, was sie auf dem Gebiet der Regierungskunst vermag. Manche, und nicht wenige, haben jedenfalls den Irrtum dieser abwegigen Politik eingesehen. Ich begrüße das und hoffe, daß die Entwicklung so weiter geht. Mit den Auseinandersetzungen, die sich innerhalb der Bayernpartei abspielen, haben wir nichts zu tun. Das ist eine Sache, die die anderen unter sich ausmachen müssen.

Die CSU hat in Bonn auf Grund ihrer grundsätzlichen positiven Einstellung Mit-Verantwortung übernommen. Eine Reihe von verantwortlichen Männern der CSU sind in die Bundesregierung eingetreten. Namentlich der Bundesfinanzminister, der eine ganz besonders exponierte und schwierige Stellung einnimmt. Und so wie die Verhältnisse heute sind, für und gegen, — ich betrachte das ganz nüchtern — ist es kaum möglich, daß die Länderminister mit dem Bundesfinanzminister und der Bundesfinanzminister mit den Länderfinanzministern hundertprozentig einverstanden sind. Denn es ergeben sich ganz naturgemäß gewisse Spannungen und Differenzen und es ist sehr schwer, die Dinge ins Lot zu bringen und es ist schwer, hier einen Ausgleich zu finden. Umso bemerkenswerter ist es, daß wir einen unserer hervorragendsten Experten in die Bundesregierung abgeordnet haben. Sie wissen, welche außerordentlich weittragende Bedeutung die Tätigkeit des Bundesfinanzministers insbesondere hat.

Was uns am meisten bewegt und große Sorge macht, das ist die Herbeiführung eines sozialen Ausgleichs zu finden, zwischen denen, die noch etwas haben, und denen, die nichts mehr haben. Wir in Bayern, glaube

ich, haben das Recht mitzureden und haben auch Anspruch darauf, ernst genommen zu werden, wenn wir sagen, wir wollen einen sozialen und gerechten Ausgleich, denn Bayern ist auf diesem Gebiet vorangegangen und hat eine Reihe von Gesetzen erlassen, die auch von den anderen Ländern und vom Bund übernommen wurden. Dies ist es, was von unseren Gegnern auch immer unterdrückt wird, weil es sehr unbequem ist, weil man nur negativ kritisieren will.

Ich erinnere nur an das Gesetz über die Selbstverwaltung, der Sozialversicherung, bzw. an das Kriegsofergesetz, an das Heimkehrergesetz, Flüchtlingsgesetz und ähnliches mehr, die bei uns in Bayern vorangegangen sind.

Nun wissen Sie, daß nach dem Grundgesetz die Leistungen der Kriegsfolgelasten auf den Bund übergegangen sind.

CSU UND LASTENAUSGLEICH

Zur Frage des Lastenausgleichs, der jetzt in ein akutes Stadium eingetreten ist, muß man sich folgendes überlegen: Auf der einen Seite die berechtigten Forderungen und die Wünsche, die natürlich weiter gehen als die berechtigten Forderungen. Auf der anderen Seite die realen Möglichkeiten der Erfüllung. Ein verantwortungsvoller Mann wird nie den Leuten sagen: „Das was Ihr fordert und wünscht, wird hundertprozentig erfüllt!“, wenn er nicht gleichzeitig eine Möglichkeit dafür sieht, in welchem Umfange und in welcher Form die Erfüllung erfolgen kann. Denn das ist ja das Wesen der Verantwortung, daß man diese beiden Dinge abwägt. Wenn man eine solche Abwägung vornimmt, stößt man immer auf die Frage: Wo nimmst Du das Geld her? Fordern kann jeder, aber zahlen kann nur derjenige, der etwas hat. Und derjenige, der es hat, muß es auch wieder bekommen. Praktisch gesprochen: Es muß das, was an Vermögen, an Einkommen vorhanden ist, erst durch Steuern in irgendeiner Weise erfaßt werden.

Ich möchte ein Beispiel gebrauchen: Man kann eine Viehherde totschlagen und kann das Fleisch verteilen und essen, aber dann kann man kein Vieh mehr züchten. Aber die Leute, die das aufgeteilte Fleisch bekommen haben, werden sehr verschieden daran zehren. Die einen, die sparsam sind, werden länger daran haben, und die anderen werden es auf einmal aufzehren. Diesen Scherz kann man aber nur einmal machen. Mit anderen Worten: ich kann nicht die ganze Wirtschaft schlachten, weil sonst alle nicht mehr leben können.

Was ist nun zu tun möglich, um einen vernünftigen Lastenausgleich herbeizuführen. Er kann praktisch nur über eine Vermögensabgabe kommen. Denn eine Vermehrung der Steuern, die auf Kosten der großen Masse gehen würde, kann man nicht herbeiführen, denn die paar Oberen kann man zwar enteignen ohne aber bei dieser Gelegenheit Milliarden-

beträge herauszubekommen. Die Steuern kann man also nicht sehr erweitern. Es geht nur auf dem Weg der Vermögensabgabe. Es ist also notwendig, daß diejenigen, die etwas haben, den anderen, die nichts haben, etwas abgeben und nur uneinsichtige und verblendete und materiell eingestellte Leute können diese Forderung grundsätzlich ablehnen. Aber was kann ich nun wegnehmen, ohne die Substanz so zu zerstören, daß ich mit ihr nichts mehr anfangen kann? Es ist davon die Rede gewesen, daß beispielsweise das Vermögen, das vorhanden ist, nach dem Einheitswert mit 50 Prozent belastet wird. Eingewendet worden ist aber: Der Einheitswert gefällt uns nicht, wir wollen den Verkehrswert. Z. B. es hat einer ein Haus mit einem Einheitswert von vielleicht 30 000 DM, und der Verkehrswert beträgt im Augenblick 80 000 DM. Wenn sie ihm jetzt 50 Prozent von dem Verkehrswert wegnehmen, dann sind es ungefähr 40 000 DM, also mehr als der Einheitswert. Aber wie soll ich es wegnehmen? Man kann von einem Haus nichts wegbeissen. Aus dem Arbeitsvolumen kann es nicht abbezahlt werden. Das ist auch nicht der Sinn des Lastenausgleichs. Barvermögen ist nach der Währungsreform in den wenigsten Fällen vorhanden. Will man also haben, daß die Häuser verkauft oder versteigert und der Haushalt ruiniert wird? Wer soll die Häuser kaufen? Was glauben Sie, wie diese Verkehrswerte in kurzer Zeit sinken werden. Solche Prozeduren wären keine soziale Ausgleichspolitik, sondern bolschewistische Enteignung. Die Leute die etwas bekommen sollen, müssen möglichst bald etwas erhalten und zwar möglichst bald erhalten und möglichst nachhaltig bekommen. Darum darf man die Kuh nicht schlachten, die gemolken werden soll. Man darf also die realen Möglichkeiten nicht aus dem Auge verlieren im Interesse der Geschädigten. Wenn man diese Forderungen überspitzt, kann man wohl Unruhe stiften und Parteigeschäfte machen, aber was nützt das den Bedürftigen?

Es müssen auf der einen Seite vernünftige und erfüllbare Forderungen gestellt werden und es muß auf der anderen Seite, die geben soll, eine verständnisvolle Opferbereitschaft verlangt werden. Eines ist gewiß: erschwert wurde diese Frage durch die Währungsreform 1948. Diese wurde uns in der Form, wie sie durchgeführt wurde, von den Alliierten aufgezwungen. Die deutschen Sachverständigen wurden nicht gehört. Wir haben uns auch noch in den letzten Augenblicken immer wieder dafür eingesetzt, man möchte doch diese Währungsreform in einer sozialen Form durchführen, man möchte doch den alten Rentnern oder den wirtschaftlichen Schwachen in irgend einer Weise entgegenkommen und das wäre auch nach meiner heutigen Ueberzeugung durchaus möglich gewesen. Ich habe auch im letzten Augenblick noch gewarnt, es war alles umsonst. Die Währungsreform hat in der unseligen Art ihrer Durchführung einen sozialen und gerechten Lastenausgleich außerordentlich erschwert. Aber die Währungsreform ist uns vorgeschrieben worden. Der Lastenausgleich mit seinen Schwierigkeiten in der Durchführung, mit seinen zwangsläufig folgenden politischen Spannungen, — das haben die Alliierten uns allein überlassen. Das kann man nicht oft genug sagen. Ich darf aber nicht die armen Teufel, die nichts haben, gegen die anderen aufhetzen und die anderen widerspenstig machen. Wir müssen beide

Teile ansprechen, wir müssen Mut haben, beiden Teilen zu sagen, wo die Grenzen und die Möglichkeiten liegen.

DIE WIRTSCHAFTSLAGE BAYERNS

In diesem Zusammenhang wird es interessant sein, über die Wirtschaftslage Bayerns ein paar Worte zu sagen. Es ist notwendig, weil man damit die Leistungsfähigkeit sieht und Sie erkennen, was in der Zwischenzeit geschehen ist, gleichzeitig auch die Grenzen, die uns durch die Natur und die Art des Staates gezogen sind. Es war ein mühsamer Weg, einen wirtschaftlichen Aufbau bei uns durchzuführen. Denn Sie werden heute noch gelegentlich hören, Bayern ist ja ein Agrarstaat. Aber meine Damen und Herren, Bayern war ein Agrarstaat und ist längst kein Agrarstaat mehr und könnte sich als Agrarstaat überhaupt nicht mehr ernähren. Bayern ist ein Industrie-Agrarstaat oder Agrar-Industriestaat, eben wie Sie sagen wollten. Warum mußte denn diese Entwicklung kommen. Einmal durch den unerhörten Bevölkerungszuwachs gegenüber der Vorkriegszeit. Es ist außerordentlich interessant, sich dies einen Augenblick zu vergegenwärtigen. Wenn wir die Vorkriegszahlen nehmen, so hatten wir an Einwohnern etwa 7 Millionen. Wir haben jetzt 9,2 Millionen. Wir haben auf den Quadratkilometer Vorkriegszeit etwa 100 Einwohner, wir haben jetzt auf den Quadratkilometer über 130. Wir haben in Bayern verhältnismäßig eine Zunahme der Bevölkerung, die viel größer ist als im ganzen übrigen Bundesgebiet.

DIE HEIMATVERTRIEBENEN IN BAYERN

Das soziale Problem mündet bei uns mit Rücksicht auf die besondere Lage immer wieder in das Problem der Heimatvertriebenen. Wenn man die Entwicklung nüchtern sieht: 1945 kamen die ersten Heimatvertriebenen, bis Anfang 46 hatten wir alles in allem rund 700 000. Im Laufe des Jahres 1946 kamen dazu noch etwa 780 000. Ende des Jahres 1946, also ungefähr um die Zeit, als die neue Regierung ihr Amt übernommen hatte, waren gerade rund 1,7 Millionen im Lande. In der Zwischenzeit ist diese Zahl auf über 1,9 Millionen angewachsen.

Ein besonderes Problem sind die sogenannten „Verschleppten Personen“, die DP. Wir haben Ende 1945 von der UNRRA registriert 200 000, bis Ende 1946 durch den Zustrom aus Polen und der Tschechoslowakei über 300 000. Am 30. 6. 1950 waren es rund 60 000. Ich befürchte, daß diese Zahl von 60 000 sich nicht viel verändert, weil sehr viele dabei sind, die wir nicht wegbringen, weil sie zu alt oder krank sind. Das wäre noch nicht das Schlimmste. Das was wir verlangen müssen und bei jeder Gelegenheit betonen: diese Leute können bei uns bleiben, aber sie sollen sich den deutschen Gesetzen unterstellen und sollen den deutschen Gerichten wie jeder Deutsche unterstellt bleiben.

Was die Heimatvertriebenen anlangt, erinnern Sie sich bitte daran: 1 Million zerstörte Wohngebäude, eine völlig zusammengebrochene Industrie, eine völlig zusammengebrochene Verwaltung, dabei hunderttausend in kürzester Frist Hereingeschleuste in Zügen, die ohne Fenster und Türen gewesen sind! Man hat Stroh hinein, Öfen hinein und wenn der Zug ausgeleert war, war alles wieder weg. Die armen Menschen kamen in einem unbeschreiblichen Zustand. Es hat sich nun auch auf Seiten der Heimatvertriebenen etwas gebessert und wir haben in Bayern alles getan, um das Los dieser Leute zu bessern. Man soll keine falschen Hoffnungen haben, weder auf Seiten der Einheimischen, noch auf Seiten der Heimatvertriebenen. Wir können nicht damit rechnen, daß uns die Heimatvertriebenen abgenommen werden. Sie selbst können nicht damit rechnen, daß sie wieder in allernächster Zeit in ihre Heimat zurückkehren können. Beide müssen sich zusammenfinden. Sie können sich zusammenfinden, wenn sie wollen. Auf beiden Seiten muß aber der gute Wille vorhanden sein. Daß der gute Wille auf Seiten der bayerischen Staatsregierung vorhanden ist, kann ich Ihnen beweisen.

Bayern hat als erstes Land eine Flüchtlingsverwaltung eingerichtet. Ich erinnere Sie daran, daß das Flüchtlingsnotgesetz schon von Ende Dezember 1945 stammt und das Flüchtlingsgesetz vom Februar 1947 mit einer Reihe von Verordnungen. Die Staatsregierung hat immer versucht auch einen Ausgleich, namentlich aus den Massenlagern, herbeizuführen und das ist zu einem großen Teil auch gelungen. Es ist auch gelungen, die Heimatvertriebenen weitgehend unterzubringen, zu ihrem Wohl und auch zum Wohl der Einheimischen. Denn es gibt eine Reihe von Betrieben, die von Heimatvertriebenen aus dem Nichts geschaffen worden sind durch unerhörte Energie, mit einer unerhörten Arbeitskraft, Ausdauer und Gottvertrauen, mit einer Zähigkeit, mit einer Intelligenz und mit einer Fachkunde, so daß sich manche von unseren Betrieben, die es vielleicht etwas langsamer gehen lassen, ein Beispiel daran nehmen können. Wir dürfen eines nicht übersehen: Viele von den Heimatvertriebenen haben auch eine große Reihe von Einheimischen aufgenommen, die ihre Stellung verloren haben, durch die Währung alles verloren haben, und führen sie dort weiter. Es ist interessant, daß wir am 1. 4. 50 1373 Flüchtlingsindustriebetriebe mit 5 und mehr Beschäftigten, daneben noch 12 000 Flüchtlingshandwerksbetriebe hatten. Wenn man berücksichtigt, daß alles aus dem Nichts geschaffen werden mußte, die Währungsreform dazwischen lag, so ist das eine ganze Menge. Am 30. 6. 1950 waren von genehmigten rund 68 Millionen DM Kredite in Höhe von DM 53 680 458 ausgereicht. Am 30. 9. 1950 dürften von rund 76 Millionen genehmigter Kredite rund 60 Millionen ausgereicht gewesen sein. Staatsbürgerschaften wurden im Betrage von 72 000 DM übernommen. — Immerhin Leistungen, die sich sehen lassen können. Ganze Industriesiedlungen entstanden, ich glaube 9 sind aufgebaut. Auch auf dem Gebiet der ländlichen Siedlung ist es interessant, einiges zu sagen, weil ja immer der Vorwurf gemacht wird, hier geht nichts vorwärts.

Aufgrund des Gesetzes vom 18. 9. 46 über die Beschaffung von Siedlungsland zur Bodenreform sind von den durch die Bodenreform erfaßten Ländereien bis 1. 1. 1950 15 292 ha besiedelt worden. Nach den

letzten Mitteilungen sollten es sogar 24 000 ha sein. (Meine Statistik geht von Anfang dieses Jahres zurück.) Von dieser Gesamtfläche sind den Heimatvertriebenen fast 74 Prozent zugekommen, und bis zum 31. 8. 50 sind 798 Anwesen auf Heimatvertriebene als Eigentum übergegangen. Es ist natürlich noch nicht genügend geschehen und es muß noch mehr geschehen. Aber es kann nur mehr geschehen, wenn man in einer vernünftigen Art zusammenarbeitet. Ob es nun glücklich ist, die Heimatvertriebenen und die Einheimischen gewissermaßen durch eine Kluft voneinander zu trennen, indem man eigene Flüchtlingsparteien gründet, deren Zweck ja nur ist, die Forderungen zu übersteigen. Diese Frage muß von jedem Wohlmeinenden verneint werden. Ich weiß, daß viele von den Flüchtlingsvertretern sehr vernünftige und gute Anschauungen haben, die die ganze Situation kennen und nicht übertreiben. Ich warne Sie aber vor den radikalen Führern, deren größtes Interesse darin besteht, selbst Führer zu sein und zu diesem Zweck ihre Forderungen übersteigen. Sie sagen sich: Je radikaler ich mit meinen Forderungen werde, desto größeren Zulauf bekomme ich. Es gibt heute schon Beispiele, daß, wenn man in die Verantwortung kommt, die Sache ganz anders ansieht. In Schleswig-Holstein haben die Heimatvertriebenen geglaubt, daß die Flüchtlingsparteien das ganze Land umgekrempelt hätten, bis sie in die Verantwortung gekommen sind. Was glauben Sie, was diese Leute schon für Wasser in ihren Wein gegossen haben! Aber sehen Sie, die Enttäuschung, die auf diese Weise bei den Anhängern entsteht, ist eine Lektion, die sehr gefährlich wird und ablenkt zu einer noch radikaleren Richtung.

HEIMATVERTRIEBENE UND FLÜCHTLINGSPARTEIEN

Ich unterscheide sehr streng zwischen den Heimatvertriebenen und zwischen den Parteien der Heimatvertriebenen. Daß die Heimatvertriebenen eine Vertretung brauchen und sich zusammenschließen, ist selbstverständlich; daß sie eine angemessene Vertretung in den Parteien und sonstigen Organisationen unserer Demokratie brauchen, ist auch selbstverständlich. Aber sie sollen sich nicht dem Wahn hingeben, daß sie das Heft allein in die Hand bekommen.

BAYERNS STELLUNG IN EUROPA

Ein Wort zu den großen nationalen Fragen, die alle zu internationalen Fragen geworden sind. Das Schicksal Europas hängt davon ab, ob der Friede Europas gewahrt werden kann. Was geschieht nun von Osten her? Wir sehen wie von dort dauernd Friedensschalmeien geblasen werden, und eine sehr nüchterne Friedenspropaganda betrieben wird. Wir sind mit den Völkern des Ostens in der Forderung nach Frieden und Weltfrieden durchaus einig. Aber wir meinen, glaube ich, wenn wir Frieden

sagen, beide etwas verschiedenes. Wir meinen nämlich wirklich den Frieden. Ich bin nicht überzeugt, daß die Machthaber Rußlands dasselbe meinen, denn dort geschieht gerade das Gegenteil. Man redet wohl von Frieden und von verschiedenem anderen, aber wie verträgt sich das damit, daß man dort eine unerhörte Rüstung aufbaut und sie dauernd steigert. Man redet nicht davon, daß man die Leute in ausgedehntem Maße zur Wehrpflicht heranzieht, daß jede freie Meinungsäußerung unterdrückt wird, daß der Lebensstandard immer weiter herabgedrückt wird und daß die Versklavung der Menschen immer weiter geht. So sind in der letzten Zeit einige Methoden bekannt geworden, die zu uns herüber leuchten. Auf der einen Seite gibt man den Bauern Grund und Boden, und dann gibt man ihnen noch etwas dazu, nämlich die Forderung auf Ablieferung nach Beendigung des Erntejahres. Diese Forderung ist so groß, daß der Bauer sie in diesem Jahr vielleicht noch erfüllen kann, im nächsten Jahr aber bestimmt nicht mehr. Und wenn er sie nicht erfüllt, wird er ohne Rücksicht auf seine Familie eingesperrt, kommt nach Sibirien, kommt ins Uran-Bergwerk.

Was sollen wir in solcher Lage, die solche Bedrohung für uns ist, tun? Es ist zunächst eine Frage der geistigen Einstellung. Ich muß klar wissen: Bekenne ich mich nun zu diesem Westen, zu diesem christlichen Europa, oder nicht. Es gibt kein Zwischending, es gibt nur ein entweder oder. Das ist die Stärke der bolschewistischen Richtung, daß sie alles auf brutale Weise unterdrückt, was ihr widerspricht.

Auch das ist etwas, was den Wähler vor eine außerordentlich verantwortungsvolle Aufgabe stellt. Wenn sie Gruppen und Grüppchen bilden, dann werden sie keine kompakte Masse sein, als ein Gegengewicht gegen das, was aus dem asiatischen Raum zu uns kommt. Es nützt gar nichts, wenn auf dem Papier steht, der eine bekommt dies, der andere bekommt das, wenn eines schönen Tages eine Sturzwelle über alles hinweggeht und alles vernichtet.

Und man muß Stellung dazu nehmen und sich dazu bekennen und muß innerhalb der großen Parteien diese Dinge durchfechten, aber nicht in kleinen Gruppen und Grüppchen.

Ich bin der Meinung, wenn man einen festen geistigen Standpunkt und feste Grundsätze hat, lassen sich die materiellen Dinge des Lebens leichter besprechen, und soweit es menschenmöglich ist, auch leichter lösen, denn man findet sich irgendwo immer zusammen und man kann sich die Hände reichen; man muß sich nicht gegenseitig bekämpfen und man muß sich nicht um kleiner Dinge willen bekämpfen. Warum ist es so wichtig und notwendig, eine geistige Front gegenüber dem Osten aufzurichten? Sie werden sagen, die Erkenntnis ist durchaus richtig, mit geistigen Waffen allein kann man aber nicht gegen Kanonen vorgehen. Aber täuschen Sie sich nicht? Die Starken im Geiste beseitigen die Furcht, und wenn ich keine Furcht vor dem Krieg habe, habe ich schon die Hälfte der Schlacht gewonnen, ohne daß ich eine Pistole in die Hand zu nehmen brauche.

WIEDERAUFSTUFGUNG? NEIN! SICHERHEIT? JA!

Nun ist Deutschland vollkommen ohne Waffen. Wir haben nichts. Sie werden fragen, wie stehe ich zur deutschen Aufrüstung. Man hat vor einiger Zeit die Frage einer Bundespolizei in der Weise erörtert, wie wenn es sich darum handeln würde, ein Gegengewicht gegen die Volkspolizei zu schaffen. Ich habe diesen Gedanken von Anfang an für absolut falsch gehalten. Man darf die Frage der inneren Sicherheit, die eine Frage der inneren Ordnung ist, niemals mit einer äußeren Ordnung verquicken. Das sind zwei grundverschiedene Dinge. Außerdem ist die Polizei in jeder Form Landes- und nicht Bundessache. So ist es im Grundgesetz vorgeschrieben und daran wollen wir unter allen Umständen festhalten. Wir sind gegen eine Verfassungsänderung, die die Polizei den Ländern entwinden will, wie es die Sozialdemokraten im Bundestag haben wollen. Man soll nicht schon wieder, kaum daß das Grundgesetz besteht, mit Verfassungsänderungen kommen. Was der Bund an polizeilicher Hilfe von den Ländern braucht, soll ihm in vollem Maße zuteil werden. Das Grundgesetz (Artikel 91) schafft hierfür alle Möglichkeiten.

Was die europäische Sicherheit anlangt und die Frage, ob Deutschland einen Beitrag hiezu leisten soll, so bin ich der Meinung, daß wir diese Frage auf uns zukommen lassen müssen. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß diese Frage an uns gestellt wird. Darum müssen wir uns mit dieser Frage beschäftigen und Stellung beziehen. Ein deutscher Beitrag kann nur unter zwei Voraussetzungen erfolgen. Einmal, daß dieser Beitrag von uns freiwillig und nicht erzwungen geleistet wird, und zweitens, daß er auf völlig gleichberechtigter Basis geschieht. Es ist undenkbar, sich etwa vorzustellen, daß die deutschen Truppen irgendwo hineingechachtelt werden und dort einen Dienst minderen Grades tun. Müssen wir überhaupt mitmachen? Wir verlangen Sicherheit. Wir wollen uns vor einem möglichen russischen Ansturm sichern. Können wir da sagen: Wir stecken die Hände in die Hosentaschen, die anderen mögen uns beschützen, sie sollen das Geld dafür bezahlen und sie sollen ihre Soldaten dazu der Gefahr aussetzen. So geht es nicht. Ich meine, man muß sich dazu durchringen, ein entsprechendes deutsches Kontingent in einer europäischen Sicherheitsarmee zu stellen. Wir wollen weiter nichts von einer Sicherheitsarmee, als das eine, daß das Risiko für die Russen, mit Waffengewalt nach Europa einzudringen, so groß gemacht wird, daß ihnen das vergeht. Keinen Mann mehr. Glauben Sie, daß wir einfach an dieser Frage vorbeigehen können? Sie kommt auf uns zu. Es gibt Leute, die denken, man kann sich etwa dadurch sichern, daß man in kommunistischen Zeitungen Inserate von Industriebetrieben gibt.

An dieser Frage vorbeizugehen heißt verantwortungslos zu sein. Wir müssen uns mit dieser Frage auseinandersetzen. Und wir dürfen nicht gleich an diese Frage herangehen mit der Einstellung, was sind denn das für Verbrecher, Kriegsverbrecher, die den Krieg vorbereiten! Ich habe bereits Briefe bekommen: „Du Lump, Du unterstützt diesen Adenauer, der nichts weiter vorhat, als einen Krieg vorzubereiten!“ — ich

kenne diesen Adenauer sehr genau und wenn ich Ihnen sage, daß der Mann in ernster Sorge um die Sicherheit Deutschlands ist, um dessentwillen weil er weiß, daß man nichts hat, was man eventuell einem Einbruch gegenüber stellen kann. Ihm liegt es fern, einen neuen Krieg vorzubereiten. Ihm geht es darum, den Frieden zu sichern, aber wenn der andere mit der Pistole auf mich zugeht, ist es zweckmäßig ihm auszuweichen, oder ihm den Weg so unsicher zu machen, daß er ausrutscht. Das ist eine Sache, die darf ein vernünftiger Mann, ein verantwortungsbewußter Staatsmann nicht aus dem Auge lassen, auch wenn es unbequem ist, diese Dinge auszusprechen. Es gibt mehr Dinge, die unbequem sind auszusprechen, und es ist viel billiger, wenn man immer Versprechungen machen kann, wenn man immer kritisieren kann, rein negativ, wenn man immer in der glücklichen Lage ist, selbst keine Verantwortung zu tragen und niemals in die Lage kommen wird, diese Verantwortung tragen zu müssen.

Die Demokratie ist keine einfache Staatsform und sie setzt voraus, eine große politische Reife, aber auch Bereitschaft der großen Masse des Volkes, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen und die notwendigen Kompetenzen zu tragen. Die Tätigkeit, die jeder bei einer Wahl hat, wenn er zur Wahlurne schreitet, ist außerordentlich bedeutsam. Ich darf Sie nochmals darauf hinweisen, es geht nicht nur darum, ob man einer Gruppe die Stimme gibt, von der man erwartet, daß sie materielle Vorteile herausziehen versucht, sondern es kommt darauf an, daß man die große Linie hält und festigt, die notwendig ist, damit wir aus dieser Not und diesem Elend herauskommen. Die CSU hat versucht, einen solchen demokratischen Ausgleich innerhalb ihrer Reihen herbeizuführen. Es ist oft darüber geredet worden, daß bei uns so viele Gegensätze vorhanden seien. Es wird heute nicht mehr so viel darüber geredet. Ich glaube, andere Parteien haben unterdessen diesbezüglich stärkere Sorgen bekommen. Es ist in der CSU gelungen, die Kräfte zusammen zu halten, und alles auf eine gemeinsame Grundlinie zu bringen. Unsere Partei gibt die Garantie, daß eine grundsätzliche Linie eingehalten wird und trotzdem Freiheit und Großzügigkeit in den einzelnen Fragen herrscht.

UNSER BEKENNTNIS ZUM CHRISTENTUM

In der CSU vollzog sich die Begegnung der christlichen Konfessionen auf der politischen Ebene aus der gemeinsamen christlichen Grundanschauung heraus und um dieser gemeinsamen Grundhaltung willen. Diese Begegnung stellt einen entscheidenden Fortschritt unseres politischen Lebens dar. Wenn die CSU keine andere Aufgabe gehabt hätte, als diese Begegnung zu vollziehen, wäre ihr Gründungszweck vollauf erfüllt gewesen. Hätte die CSU keinen anderen Zweck, als diesen Fortschritt festzuhalten und ihn gegen Widersacher aller Art zu verteidigen, so wäre der Daseinszweck der CSU allein schon dadurch vollauf begründet. Das Gerede von der Notwendigkeit der Errichtung einer starken geistigen, weltanschaulich fundierten Abwehrfront gegen die

Irrlehren des Bolschewismus und kommunistischen Totalitarismus würde tatsächlich zum bloßen Gerede werden, wenn es nicht weiter gelänge, die gläubigen Anhänger der christlichen Konfessionen in einer politischen Front zusammenhalten.

Der Unionsgedanke, wie er sich in der CSU innerhalb Bayerns und in der CDU im übrigen Reich repräsentiert, ist, das kann man ohne Uebertreibung sagen, für die innenpolitische Zukunft Deutschlands von entscheidender Bedeutung. Zerbrüche der Unionsgedanke — entweder durch das Wiedererwachen unseliger konfessioneller Vorurteile oder durch Ueberbetonung sozialer Sonderinteressen, — dann kann man sicher sein, daß an ihre Stelle niemals ein politisches Gebilde von annähernd gleicher politischer Macht und Einflußmöglichkeit treten würde. Nur eine im Unionsgeist zusammengefügte politische Partei kann der sozialistischen Linken ein entsprechendes Kontra bieten. Zerschlagen Sie die Union, ganz gleich unter welchen Gesichtspunkten und aus welchen Absichten: praktisch bereiten sie immer nur der Linken den Weg in Deutschland! Alle, die ihre Messer gegen die Union wetzen, um ihr Schaden zuzufügen und Abbruch zu tun, tun nichts anderes, als an der Zersetzung des Lagers zu arbeiten, das man einmal das bürgerliche nannte. Wenn wir zusammenhalten und wenn wir einsehen — und wenn viele, die vielleicht geglaubt haben, sie machen etwas gescheites, wenn sie sich von der CSU trennen, zurückkommen — dann werden wir bestimmt wieder ein gutes Stück Weg weiter kommen.

Es kommt auf die große Linie und auf die Grundsätze an und darauf, daß Männer sichtbar am Werke sind, diese Grundsätze nach Möglichkeit zu verwirklichen. Darin habe ich meine Aufgabe als bayerischer Ministerpräsident in diesen vier Jahren gesehen und um dieser Aufgabe, um Bayerns willen, habe ich mich entschlossen, in einer schwierigen Situation der Partei an die Spitze der Partei zu gehen. Ich rühme es nicht als mein Verdienst, daß die Partei ihre Krisen überwunden hat und fest da steht in den Tagen, in denen sie Rechenschaft vor dem Volke abzulegen hat. Es ist dies ein Zeichen, daß die CSU in ihrer Grundkonzeption, in ihrem Programm und in ihren Absichten eine gesunde Partei und ein legitimes Kind der Zeit ist.

Die CSU ist ein Anruf aus der Zeit in die Zeit hinein und es wird ein Barometer für den Grad der politischen Besonnenheit und der politischen Reife des bayerischen Volkes sein, inwieweit am Wahltage diesem Anruf Folge geleistet wird. Wir gehen mit einem sehr guten Gewissen diesem Wahltage entgegen und einen Titel scheue ich mich nicht für die CSU in Anspruch zu nehmen, den Titel einer Partei des guten Gewissens.